Gerechtigkeit Solidarität Frieden

Zeitung der Linksfraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern

Liebe Leserinnen und Leser,

nehmen Sie sich etwas Zeit, einen Kaffee oder Tee und lesen Sie, was wir, die Linksfraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, in den vergangenen Monaten und der kommenden Zeit für Sie und Ihre Familie auf die Beine gestellt haben und stellen werden, damit Sie gern in Mecklenburg-Vorpommern leben, es Ihr Zuhause bleibt oder wird.

Simone Oldenburg
Fraktionsvorsitzende

Für selbstbestimmte lebens- und liebenswerte Orte

Die Menschen in Dörfern und Städten erwarten zu Recht, dass Wohnen bezahlbar und auch barrierefrei möglich ist. Sie erwarten zu Recht, dass die Schulen und Kitas für ihre Kinder und Enkelkinder gut ausgestattet sind. Sie erwarten zu Recht eine gute ortsnahe medizinische Versorgung, eine vielseitige Kulturlandschaft und moderne Sportstätten. Sie müssen mobil sein, den Arzt, den Einkaufsmarkt oder das Kino mit Bus oder Bahn gut erreichen. Das alles ist kein Selbstläufer. Dafür ist die Politik im Bund, im Land, in der Stadt und auf dem Dorf verantwortlich.

Nur mit einer starken kommunalen Selbstverwaltung gelingt es, sich erfolgreich um die Belange der Frauen, Männer und Kinder in ihrer Gemeinde zu kümmern. Verwaltung ist kein Selbstzweck, sie ist für die Einwohnerinnen und Einwohner da. Sie muss leistungsfähig und bürgernah sein und sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren. Für viele Städte und Dörfer wird es zunehmend schwierig, alle ihre Aufgaben gut zu erfüllen, weil es an Geld oder Personal oder an beidem mangelt. Dabei bleiben oft zuerst die sogenannten freiwilligen Leistungen, kulturelle oder auch sportliche Veranstaltungen und Einrichtungen auf der Strecke. Doch Jung und Alt wollen sich beim Sport, im Gemeindezentrum, beim Chor oder beim Dorffest treffen, sich erholen oder gemeinsam feiern. Das alles macht die Orte lebens- und liebenswert. Um diese Lebensqualität zu sichern und zu verbessern, müssen die Kommunen hinreichend über Geld verfügen.

Meine Fraktion macht sich seit Jahren dafür stark, dass ausreichend finanzielle Mittel in den Städten und Dörfern ankommen. Die Kommunen brauchen deutlich mehr Spielräume, um eigenständig entscheiden zu können. Die von der Landesregierung verordnete „Politik der goldenen Zügel“ und die unsägliche Fördertöpfchenwirtschaft, die hohe personelle Ressourcen bindet und reichlich Bürokratie verursacht, müssen ein Ende haben. Um marode Häuser, Brücken und Straßen zu sanieren, muss vor Ort wieder investiert werden. Die Kommunen benötigen mehr pauschale Zuwendungen vom Land, die nicht zweckgebunden sind. Vor Ort wissen die Akteure am besten, wo der Schuh drückt, wo etwas Neues im Interesse der Menschen entstehen kann und wofür folglich die Steuergelder eingesetzt werden sollten. Mit Regionalbudgets, also pauschalen Geldleistungen, die nicht an bestimmte Zwecke gebunden sind, kann besonders in den strukturschwachen Regionen unbürokratisch vieles erreicht werden. Damit lassen sich auch Projekte und Vorhaben, die die Region voranbringen, dauerhaft umsetzen. Die kommunalen Vertretungen könnten das Geld eigenverantwortlich dort einsetzen, wo es aus ihrer Sicht größten Nutzen bringt.

Jeannine Rösler

Bildungsaufstand
Gute Schule gibt es nur mit links *Seite 3*

Gute Löhne für M-V
Von seiner Arbeit muss der Mensch leben können *Seite 4*

Schluss mit Kinderarmut
Mehr Geld für die Kinder- und Jugendhilfe *Seite 7*

Das Leben genießen
Eine solidarische, armutsfeste Mindestrente für alle *Seite 8*

PREISRÄTSEL *Seite 8*

Pflichtaufgabe Kultur: Keine Angst mehr vor dem Rotstift

Schon immer war es die Kultur, die angesichts klammer Kassen als erste fürchten musste, dass Debatten um ihre Finanzierung entbrennen. Letztlich steht immer die Frage, wie viel und welche Kultur sich die öffentliche Hand leistet. Die Corona-Pandemie und die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung haben die Kulturlandschaft ins Mark getroffen. Spätestens für das Haushaltsjahr 2021 drohen dramatische Einschnitte, denn nach wie vor ist Kultur eine freiwillige und keine Pflichtaufgabe. Ändert sich das nicht, werden wir eine kulturelle Erosion bei Museen, Bibliotheken, Theatern, Kleinkunst, Clubs, Lesungen, Festivals, Events, Stadtteil- und Dorffesten, Galerien, Literaturhäusern, kulturellen Vereinen und Verbänden erleben, die in der 30-jährigen Geschichte von M-V ihresgleichen sucht.

Manche meinen, es sei gerechtfertigt, sich in Krisenzeiten auf das Lebensnotwendige zu konzentrieren. Die Pandemie hat aber doch gezeigt, dass kulturelle Angebote dazugehören. Es hat sich doch gezeigt, wie groß die Freude war, als erste kleine Veranstaltungen wieder stattfinden durften. Es wäre ein Desaster, wenn kulturelle Einrichtungen dauerhaft schließen müssten. Wir alle haben die Erfahrung gemacht, dass Kultur, die gestrichen ist, nicht zurückkehrt. Was einmal weg ist, kommt nicht wieder. Es ist jetzt höchste Zeit, endlich darüber zu verhandeln, Kultur nicht mehr als bereicherndes Extra zu betrachten, sondern als unverzichtbaren Bestandteil unseres Zusammenlebens.

Der erste Berliner Stadtkommandant, Nikolai Bersarin, hat kurz nach Kriegsende 1945 gezeigt, wie es gehen kann: In einer sowohl baulich als auch sozial komplett zerstörten Stadt ließ er Theater und Konzerthäuser öffnen und die Kulturschaffenden mit der besten Lebensmittelkarte versorgen. Eine Entscheidung, die vor dem Hintergrund der Auffassung, Kultur sei ein rein ökonomisch zu behandelndes Wirtschaftsfeld, wegweisend war.

Die Kernfrage darf nicht lauten: Wie viel Kultur können wir uns leisten? Sie muss vielmehr lauten: Wie viel Kultur wollen wir uns leisten? Für uns ist klar: Kultur bereichert und stärkt die Vielfalt, bestimmt unsere Identität, definiert unser Zusammensein. Kultur bildet und nährt die Demokratie. Sie ist kein schmückendes Beiwerk, sondern überlebenswichtig. Deshalb muss Kultur im Land und den Kommunen eine Pflichtaufgabe werden!

Eva-Maria Kröger

Unsere Kultur-Tour geht weiter, denn auch im 30. Jahr des Bestehens von M-V ist unser Land ein Anziehungspunkt für Kulturschaffende und Kreative. Eva-Maria Kröger reist deshalb weiter in die Städte und Dörfer, um Künstlerinnen und Künstler, kulturelle Träger und Initiativen zu besuchen und sich ein Bild von der vielfältigen Kulturlandschaft zu machen. Ein Hauptgesprächsthema dabei ist natürlich die Corona-Krise und ihre Folgen für das kulturelle Leben sowie mögliche Wege aus der Krise.

Mehr gibt es unter www.facebook.com/EvaMariaKroegerLinke/

Klimaschutz – für ein lebenswertes M-V heute und morgen

Es besteht kein Zweifel: Der vom Menschen verursachte Klimawandel schreitet voran und beeinflusst das Leben auf der ganzen Erde. Durch die Zunahme von Extremwetterereignissen wie jährlich steigende Hitzerekorde und Dürreperioden oder Stark- und Dauerregenzeiten rückt er in das Bewusstsein vieler Menschen, auch in Mecklenburg-Vorpommern. Die Pro-Kopf-Emissionen in Deutschland sind fast doppelt so hoch wie der weltweite Durchschnitt und fünf- bis zehnfach höher als in lateinamerikanischen und afrikanischen Ländern. Deutschland muss seinen Beitrag leisten, die Erderwärmung gemäß dem Übereinkommen von Paris deutlich unter 2 Grad zu begrenzen. Das gilt auch für Mecklenburg-Vorpommern. Der Aktionsplan Klimaschutz des Landes war ein wichtiger Schritt, um einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Aber das reicht nicht. Wir brauchen heute einen konkreten Fahrplan, abrechenbare Ziele in allen Ressorts und gesellschaftlichen Bereichen, um den nationalen und internationalen Klimaschutzzielen gerecht zu werden. An erster Stelle geht es dabei um die Energiewende im Dreiklang von Strom, Wärme und Verkehr. Uns ist dabei besonders wichtig, dass die soziale Dimension nicht länger aus dem Blick gerät, also Strom, Wärme und Mobilität gesichert und bezahlbar sind. Bislang fordert die eingeleitete Klimaschutzpolitik vor allem einen Beitrag der Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen. Großverdiener und milliardenschwere Konzerne werden geschont. Hinzu kommt, dass sich am Ausbau der Windenergie Einzelne eine goldene Nase verdienen, während die Landbevölkerung die Belastung trägt und keinen materiellen Nutzen hat. Gerade dort, wo erneuerbare Energien erzeugt werden, sind die Energiepreise besonders stark gestiegen. Eine gerechte Verteilung der Netzentgelte, die Senkung der Stromsteuer und die Abschaffung überbordender Industrierabatte hätten auch in M-V positive Auswirkungen auf die Strompreise. Insbesondere der Verkehr hat einen hohen Anteil an schädlichen Emissionen. Höhere Spritkosten belasten erneut geringe und mittlere Einkommen, Pendler und die Bevölkerung im ländlichen Raum. Ohne Auto ist Mobilität dort nicht gewährleistet. Und Elektroautos allein sind nicht die Lösung des Problems. Der Öffentliche Nahverkehr muss endlich eine echte Alternative werden. Dabei muss die Bahn das Rückgrat sein. Stillgelegte Bahnstrecken sind wieder zu reaktivieren. Bahn, Bus und Rufbus sind gut zu verknüpfen. Nahverkehr muss jedes Dorf anbinden sowie für Pendler, Gäste und Freizeit attraktiv sein. Ein schlechtes Angebot wird wenig genutzt. Andererseits darf ein gutes Angebot nicht mit hohen Ticketpreisen erkauft werden. Vielmehr muss Öffentlicher Nahverkehr als Daseinsvorsorge begriffen werden. Das heißt, dass die Nutzung des Nahverkehrs perspektivisch kostenlos sein muss. Das ist möglich und auch finanzierbar, wie andere Länder beweisen.

Dr. Mignon Schwenke

Wie Schule gelingen kann. Unser Weg aus der Bildungsmisere

Seit 30 Jahren orientiert sich die Bildungspolitik in unserem Land viel zu wenig an den Erfordernissen, Interessen und Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen, der Lehrkräfte, der Eltern und Großeltern. Die Politik der Bildungsministerinnen und Bildungsminister war und ist geprägt von Stückwerk. Heute haben wir einen Flickenteppich, der keinerlei Strukturen oder Strategien erkennen lässt. Viel zu oft wird ohne System, unabgestimmt und unkoordiniert gearbeitet. Die bitteren Folgen: Wir sind das Land der Schul- und Ausbildungsabbrecher, der Studienabbrecher, der Sitzenbleiber und das Land der Schulschließungen. Wir sind das Land, in dem die Lehrkräfte zu viel unterrichten, das diesen zu wenig Zeit für die Förderung der Kinder und Jugendlichen gibt und sie mit Bürokratie überfrachtet. Unser Land braucht einen Kurswechsel.

Gute Schulen für die Kommunen

Durch das anhaltende Hickhack um die Frage, welche Schulen erhalten bleiben und welche nicht, wurden die Kommunen als Schulträger derart verunsichert, dass sie es oft nicht wagen konnten, ihre Schulen zu sanieren. Sie wussten ja nicht, ob diese in den kommenden Jahren Bestand haben. Deshalb brauchen wir heute ein Schulbauprogramm in Höhe von einer Milliarde Euro, um den Sanierungsstau an den Schulen endlich zu beenden. Lernen und arbeiten, wo der Putz von den Wänden bröckelt, kann nicht erfolgreich sein. Die Schulen gehören in die Städte und Dörfer. Dort, wo die Schule geschlossen wird, stirbt das Leben in der Kommune. Keine Familie wird dort leben wollen, wo es weder Kinderbetreuung noch Schulen gibt. Wir fordern ein Ende der Schulschließungen und setzen uns für eine Senkung der Schülermindestzahlen in den Eingangsklassen ein. So sollen an Grundschulen nur noch 15 Kinder und in der Jahrgangsstufe 5 nur noch 30 statt 36 erforderlich sein, um die Klassen zu bilden.

Gute Schulen für die Kinder und Jugendlichen

Derzeit gibt es keine Regelung, wie viele Schülerinnen und Schüler maximal in einer Klasse lernen sollen. Dies führt häufig zu überfüllten Klassen. Das ist der falsche Ansatz. Schule muss Individualität und Vielfalt zulassen. Es muss Schluss damit sein, dass Kinder in das System passen müssen. Wer nicht hineinpasst, der erhöht die Zahl der Schul- sowie Ausbildungsabbrecher. Schule muss sich endlich den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen anpassen und nicht länger dem Spardiktat der Landesregierung unterwerfen. Deshalb fordern wir, dass maximal 25 Schülerinnen und Schüler in einer Klasse gemeinsam lernen sollen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass es an jeder Schule „Zusatzlehrkräfte“ gibt, die die Kinder und Jugendlichen begleiten, fördern und fordern. Für jeweils 100 Lernende wird eine „Zusatzlehrkraft“ eingestellt. So wird ermöglicht, Klassen zu teilen, Einzel- und Partnerunterricht zu gestalten und letztendlich besser auf die Bedürfnisse der einzelnen Kinder und Jugendlichen reagieren zu können. Mit der Abschaffung des Wahlpflichtunterrichts können Unterrichtsstunden gewonnen werden, um die Kernkompetenzen in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch zu stärken und gleichzeitig mehr Förderung zu ermöglichen. Der Fremdsprachenunterricht bleibt von dieser Regelung unberührt.

Gute Schulen für die Lehrkräfte

Wenn wir es schaffen wollen, dass gut ausgebildete Lehrkräfte gerne an den Schulen des Landes arbeiten, müssen sie von der Last der Bürokratie befreit werden. Deshalb fordern wir die Einstellung einer zusätzlichen Verwaltungskraft, die die immensen bürokratischen Aufgaben übernimmt. Zudem muss endlich die unsägliche Stundenerhöhung zurückgenommen werden. Fast 20 Jahre lang haben viele Lehrerinnen und Lehrer unentgeltlich zwei Wochenstunden zusätzlich gearbeitet. Das Land hat genug an den Lehrkräften verdient. Wir setzen uns für eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit von 27 auf 25 Stunden ein. Wir brauchen Schulen, in denen die Kinder gerne lernen, in denen die Lehrkräfte gerne arbeiten und wir brauchen die Schulen in den Kommunen, damit die Familien gerne hier leben.

Simone Oldenburg

Es war einmal ...

...M-V Vorreiter im Kinder- und Jugendtourismus. Hier wurde sogar ein Qualitätssiegel eingeführt, welches bundesweit übernommen wurde. Und heute? Seit 2005 gibt es 4000 Betten im Kinder- und Jugendtourismus weniger – häufig gemeinnützige Einrichtungen, wo Familien auch mit kleinem Geldbeutel ihren Kindern schöne Ferien bieten konnten. Strukturen wie die Koordinierungsstelle, die durch Vernetzung der Anbieter und Qualifizierung des Personals den Kinder- und Jugendtourismus erfolgreich gemacht haben, wurden zerschlagen. Wir brauchen eine ehrliche Analyse, welche Investitionen nötig sind, und eine Förderoffensive, um das Sterben der Einrichtungen aufzuhalten und den Kinder- und Jugendtourismus im Land eine Zukunft zu geben.

Alle gleich oder was?

Wir haben die Frauenquote in Aufsichtsräten, die Elternzeit für Väter und die Ehe für alle. Reicht das schon, um eine durchweg gerechte Gesellschaft zu sein? Erreichtes zu feiern ist das eine, Errungenschaften zu verteidigen und Rechte weiter zu stärken ist das andere. Die Linksfraktion kämpft für eine vielfältige Gesellschaft, in der individuelle Lebensmodelle diskriminierungsfrei gelebt werden können. Dafür müssen Benachteiligungen abgebaut, die Akzeptanz und Selbstbestimmung der Menschen weiter gefördert werden. Wir kämpfen für mehr Frauen in Entscheidungspositionen in der Politik,

Wirtschaft und Wissenschaft; die bestmögliche Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben für alle Geschlechter; faire Löhne und die Aufwertung sogenannter frauentypischer Berufe; die Beseitigung der klaffenden Einkommenslücke und einen bestmöglichen Schutz vor Gewalt. Wir setzen uns für eine Gesamtstrategie zur Gleichstellung im Land ein, untersetzt von einem gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm und einer geschlechtergerechten Aufstellung des Landeshaushaltes, dem sogenannten Gender-Budgeting.

Gute Arbeit und gute Löhne für M-V

Die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern haben in den letzten 30 Jahren viel erreicht. Der Anfang war schwer. Wer hier blieb, hatte mit den Folgen von Strukturwandel und Massenarbeitslosigkeit zu käm-pfen. Seitdem hat sich viel getan. Man sieht es an den sanierten Innenstädten, die vielfach in neuem Glanz erstrahlen. Man sieht es in den Ostseebädern. Man sieht es auch in den vielen Gewerbegebieten in unserem Land.

Alles, was seit 1990 entstanden und gewachsen ist, kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die von Helmut Kohl versprochenen blühenden Landschaften vielerorts eben nicht Realität geworden sind. Erneut laufen ganze Regionen Gefahr, abgehängt und von Unternehmen verlassen zu werden, weil z. B. ein leistungsfähiges Internet fehlt. Nicht nur dieses Versprechen, auch der Einigungsvertrag wurde nicht erfüllt. Die vorrangige Ansiedlung von Bundesbehörden in Ostdeutschland ist nicht erfolgt, und auch nach 30 Jahren klafft bei den Renten und den Löhnen eine Lücke zwischen Ost und West. Nur in 6 von 77 Kreisen und kreisfreien Städten im Osten liegt das durchschnittliche Einkommen über 20.000 Euro, im Westen sind es 284 von 324 Kreise.

DIE LINKE in M-V, damals noch als PDS, hat in schwierigen Zeiten acht Jahre lang Regierungsverantwortung getragen, die Jugend- und Schulsozialarbeit und die Produktionsschulen eingeführt, war bundesweiter Vorreiter beim Kinder- und Jugendtourismus, hat Existenzgründungen gefördert und dennoch den ersten Haushalt ohne Neuverschuldung vorgelegt. 14 Jahre später gibt es zwar einen bundesweiten Mindestlohn und ein Landesvergabegesetz, aber M-V ist immer noch der Lohnkeller der Nation. Hier wird in immer weniger Berufen ausgebildet, viele Jugendliche verlassen weiterhin das Land. Es gibt zu viele Schul- und Ausbildungsabbrecher, zu viel Perspektivlosigkeit. Die Landesregierung steuert die Kogge M-V seit Jahren wie im Nebel auf Sicht, statt für gute Ausbildung und Arbeit zu sorgen. Unsichere und schlecht bezahlte Arbeit in Minijobs, Befristungen und ungewollter Teilzeit- oder Leiharbeit bestimmen den Alltag für viele tausend Beschäftigte.

Hier wollen wir gegensteuern. Meine Fraktion fordert deshalb wie bereits seit Jahren die Eindämmung prekärer Beschäftigung und die Vergabe öffentlicher Aufträge nur noch an tarifgebundene Unternehmen. Mit Steuergeld darf keine Armut produziert werden. Wir fordern mehr Tarifbindung, mehr Mitbestimmung in den Unternehmen und den Schutz von Betriebsräten. Wir fordern eine Industrie- und Entwicklungsstrategie für das Land. Wir brauchen den gezielten Einsatz von Landes-, Bundes- und EU-Mitteln und keinen Strategiefonds für Wahlkreisgeschenke von SPD- und CDU-Abgeordneten. Der Staat darf sich nicht weiter aus der Fläche zurückziehen, sondern muss sie unterstützen und entwickeln. Dafür brauchen wir ausreichend Personal am richtigen Platz. Wir brauchen gute Arbeit und gute Löhne für ein gutes Land!

Henning Foerster

Vermögen ist in Deutschland sehr ungleich verteilt. Die reichsten 10 Prozent der Deutschen besitzen fast 70 Prozent des gesamten Vermögens. Um eine gerechtere Vermögensverteilung in Deutschland zu erreichen, brauchen wir dringend eine angemessene Besteuerung von Einkommen und Vermögen. Ein wichtiger Baustein wäre die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Sie würde auf Vermögen oberhalb einer Mio. Euro erhoben. Damit hätte Mecklenburg-Vorpommern jährlich über 600 Mio. Euro mehr Einnahmen, die auch für mehr soziale Gerechtigkeit eingesetzt werden könnten. Seit Jahren wird unsere Forderung abgeschmettert. Aber wir bleiben dran.

Persönliche und öffentliche Sicherheit

Sicherheit sei kein linkes Handlungsfeld, meinen Kritiker unserer Arbeit. Linke würden sich über die Auflösung der Polizei freuen, war jüngst in einem Kommentar zu lesen. Letzteres ist totaler Unsinn, und Sicherheit ist natürlich ein Handlungsfeld linker Politik. Allerdings beteiligen wir uns nicht an einem sicherheitspolitischen Wettrennen. Wir stellen dem Konzept der „Inneren Sicherheit“, welches den „Starken Staat“ favorisiert und die Rechte des Einzelnen in den Hintergrund rückt, unser Konzept der „Persönlichen und Öffentlichen Sicherheit“ entgegen. Bereits im November 1997 stellte die damalige PDS-Fraktion ihre Konzeption „Persönliche Sicherheit in Mecklenburg-Vorpommern“ zur Diskussion. Seither wurde dieses Konzept mehrfach weiterentwickelt. Hier fließen Erkenntnisse ein, die wir beim Besuch aller 37 Polizeireviere im Land sammeln konnten. Eine Erfahrung begleitet uns seit Jahren: Sicherheitsthemen sind anfällig für Populismus. Für unseren politischen Ansatz war und ist dagegen der sozialpräventive Bereich von zentraler Bedeutung. Eine gute Sozialpolitik ist und bleibt die beste Kriminalitätsprävention! Auch deshalb unterstützen wir die Forderungen des Landesverbandes Deutscher Kriminalbeamter M-V nach mehr und besser ausgebildeten Kripobeamtinnen und -beamten. Wir sehen mit Sorge, dass man mit den hierzulande praktizierten alten Ausbildungskonzepten den neuen Herausforderungen bei der Kriminalitätsprävention und Kriminalitätsbekämpfung nicht gerecht wird. Unsere Nachbarländer Brandenburg und Niedersachsen sind uns hier mit ihrer frühzeitig spezialisierten Kriminalistenausbildung weit voraus. Natürlich verlieren wir auch andere aktuelle Probleme nicht aus dem Blick. So muss z. B. die Frage geklärt werden, welche persönlichen Daten warum auf den Polizeicomputern gespeichert werden und wer Zugriff darauf hat. Der Fall des „AfD-nahen“ Polizisten, der Daten von Menschen aus dem linken Spektrum ausspähte, ist leider kein Einzelfall. Im Interesse aller Beschäftigten der Landespolizei muss untersucht werden, warum Einzelne durch diskriminierendes Verhalten oder Verstrickungen in rechtsextreme Strukturen auffällig sind, und damit die gesamte Landespolizei unter einen Generalverdacht stellen. Es muss weiter geklärt werden, warum über Jahre Unmengen an Munition verschwinden und bei rechtsextremen Netzwerken auftauchen konnten. Es muss geklärt werden, warum die fraktionsübergreifend gefassten Schlussfolgerungen des 1. NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages kaum bis gar nicht umgesetzt wurden. Auf der Tagesordnung steht aber auch, dass wir uns entschieden gegen Gewalt, auch gegen Gewalt gegen Polizei-, Sicherheits- und Rettungskräfte engagieren. Allein der Ruf nach härteren Gesetzen wird dieses Problem nicht lösen! Gleichwohl nehmen wir den Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf Sicherheit ernst. Real existierende Kriminalität muss bekämpft werden. Alles, was zur Gefahrenabwehr und Strafverfolgung erforderlich ist, muss Polizei, Justiz und Strafvollzug zur Verfügung stehen.

Peter Ritter

Vorrang dem Studium – Bafög endlich reformieren

Mit der Corona-Pandemie kam für viele Studierende das böse Erwachen: Restaurants, Clubs und Discotheken geschlossen, der Nebenjob auf einen Schlag weg. Die angeblich schnellen Nothilfen des Bundes ließen bis in den Juni hinein auf sich warten und erwiesen sich als Tropfen auf den heißen Stein. Nur wer komplett abgebrannt war und weniger als 100 Euro auf dem Konto hatte, konnte bis zu dreimal 500 Euro beantragen. Bei einer deutlichen Unterausstattung mit studentischem Wohnraum vor allen in den Unistädten Rostock und Greifswald bei gleichzeitig rasant steigenden Mietpreisen, teuren Tickets für Bus und Bahn sowie steigenden Semesterbeiträgen sind diese Hilfen zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel. Glücklich kann sich schätzen, wer auf Hilfe von zu Hause bauen kann. Letztlich entscheidet eben immer noch der Geldbeutel der Eltern über Erfolg oder Misserfolg im Studium. Wie durch ein Brennglas zeigen sich in der anhaltenden Pandemie die Schwächen in der Studienfinanzierung. Zwei von drei Studierenden müssen sich mit Nebenjobs über Wasser halten, statt ihre Zeit und Kraft dem Studium widmen zu können.

Bereits vor der Pandemie beklagte die Hälfte der bedürftigen Studierenden die Unsicherheit der Studierendenfinanzierung. 85 Prozent sagen, dass sie ohne Bafög gar nicht studieren könnten. Das Finanzierungsmodell steckt aber zunehmend in der Krise, muss dringend reformiert werden. Zu niedrige Fördersätze und Freibeträge, nicht angepasst an die reale Studiendauer oder die Verschuldung nach dem Studium sind Themen, die dringend angepackt werden müssen. Meine Fraktion setzt sich deshalb für spürbare Verbesserungen ein. Die Bedarfssätze müssen deutlich erhöht und alle zwei Jahre angepasst werden, damit sich Studierende voll und ganz auf ihr Studium konzentrieren können. Auch die Freibeträge der Eltern müssen erhöht und regelmäßig an die Einkommensentwicklung angepasst werden, damit auch Haushalte mit mittleren Einkommen vom Bafög profitieren. Lediglich 40 Prozent aller Studierenden schließen ihr Studium – oft ohne eigenes Verschulden – innerhalb der Regelstudienzeit ab, fast 90 Prozent gelingt dies in den folgenden vier Semestern. Eine Verlängerung von Bafög ist daher angebracht, um diese Finanzierungslücke zu schließen. Individuell muss eine Verlängerung darüber hinaus möglich sein, wenn Pflegeaufgaben geleistet werden müssen, gesundheitliche Einschränkungen die Studiendauer verlängern oder Studierende ehrenamtlich aktiv sind. Zudem wollen wir weg vom Darlehen und schrittweise hin zu einem Vollzuschuss, damit das Studium keine Schuldenfalle, sondern ein echter Chancengeber wird.

Karsten Kolbe

Eine Hochschule für Schwerin

Als 1990 das Schweriner Schloss Sitz des Landtags wurde, fiel zugleich die Entscheidung, keine staatliche Hochschule in der Landeshauptstadt anzusiedeln. Beides – Regierungssitz und Hochschulstandort – war der damaligen schwarz-gelben Landesregierung einfach zu teuer. Das hat sich als fatale Fehleinschätzung erwiesen, denn damit wurden der Landeshauptstadt Entwicklungschancen geraubt. Hochschulen bringen immer neuen Input, neue Ideen, schaffen Arbeitsplätze und sind oft Grundlage für die Gründung neuer Unternehmen. Ihr Einfluss auf eine positive stadtgesellschaftliche Entwicklung kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Schwerin ist nach wie vor die einzige deutsche Landeshauptstadt, die keine eigene staatliche Hochschule hat. Das ist eindeutig ein Wettbewerbsnachteil. Wir fordern deshalb seit langem eine derartige Einrichtung – bislang vergeblich. Ohne ein deutliches Engagement der Landesregierung gemeinsam mit einer staatlichen Hochschule wird sich an der Lage in der Landeshauptstadt nichts ändern. Letztlich kann nur die grundsätzliche Entscheidung, mehr Geld in den Wissenschaftsstandort M-V insgesamt zu investieren und dabei auch Schwerin zu berücksichtigen, zum Erfolg führen. Geht das Land M-V hochschulpolitisch mit gutem Beispiel voran, so sind Synergieeffekte mit der Privatwirtschaft nicht weit, das haben andere Städte bewiesen.

Vom Weltmarkt zum Wochenmarkt

Die Corona-Krise hat deutlich gemacht, was für das alltägliche Leben der Menschen wirklich wichtig ist – dazu gehören die Land- und Ernährungswirtschaft. Niemand kann mehr behaupten, die europäische und die deutsche Landwirtschaft seien auf dem richtigen Weg. Die strenge Ausrichtung aller Lebensbereiche auf globalen Wettbewerb zeigt ihre brutalen Schattenseiten.

- Die Steigerung der Produktivität auf dem Feld und im Stall ist enorm. Es heißt, ein Bauer ernährt heute 155 Personen, aber selbst können viele Landwirtinnen und Landwirte kaum von ihrer Arbeit leben. Darum geben Jahr für Jahr etwa 3 Prozent aller Betriebe auf!
- Trotz klarer Vorgaben des Tierschutzes werden immer

noch Nutztiere massenhaft quer durch Europa und weiter gekarrt. Sie leiden, um die Welt mit möglichst billigem Fleisch zu beliefern!

Wir werden von Werbung für Lebensmittel zugeschüttet, deren Preise nicht annähernd die Erzeugungskosten decken.

- Massenhaft werden Lebensmittel entlang der gesamten Lieferkette verschwendet.
- Immer mehr Ackerfläche gerät in die Hände von Investoren, die mit der Landwirtschaft nichts am Hut haben. Das führt zur Entwertung des Bodens.
- Die Art und Weise des Wirtschaftens belastet zunehmend unser Grundwasser mit Nitrat und anderen Chemikalien.

Die Eigentumskonzentration in der Land- und Lebensmittelwirtschaft hat schwerwiegende Folgen: Auf der Strecke bleiben die Arbeitsbedingungen, z. B. in den Schlachthöfen, aber auch die artgerechte Tierhaltung sowie ein am Umwelt- und Klimaschutz orientierter Feldbau. Hauptursache dafür ist die Ausrichtung auf bedingungsloses Wachstum der Gewinne und auf Agrarexport. Wir wollen regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen. Wir wollen gute Löhne für gute Arbeit nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in der Verarbeitung, und das gilt auch für Saisonarbeitskräfte. Wir fordern dezentrale Schlachthöfe, Mühlen und ein regionales Lebensmittelhandwerk. Wir wollen chirurgische Eingriffe an Nutztieren zur Verbesserung der Produktion und das Töten männlicher Küken verbieten. Und wir wollen ein Ende der lang andauernden Lebendtiertransporte. Wir treten für einen sozial-ökologischen Umbau der Landwirtschaft ein.

Dr. Wolfgang Weiß

30 Jahre – was war, was ist, was bleibt

Gedenken nach 20 Jahren Lichtenhagener Pogrom

Dieser Tage höre ich oft: Du bist ja so ein Urgestein. Wie war denn das so früher? Einiges kann ich schon erzählen, obwohl mir vier Jahre fehlen. Ich bin „erst“ seit 1994 dabei. Als erstes fällt mir ein, dass ich viele tolle Leute kennenlernen durfte, die Abgeordneten, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ersten Stunde. Hansi Scheringer sei hier stellvertretend für alle genannt, der Bodenständige, der 1990 den Mut hatte, als Ministerpräsidentenkandidat anzutreten. Es war die Fraktion der Schmuddelkinder, die für alles in den Jahren bis 1989 verantwortlich gemacht wurde. Und ja, es stimmt, wir trugen dafür die Verantwortung und standen dafür ein. Anders als jene, älter als ich, die offenbar erst 1989 das Licht der Welt erblickt haben. Von der Sorte durfte auch ich ab 1994 einige im Landtag kennenlernen. Doch unsere Akzeptanz stieg, schon 1994 wurde die Fraktion schlagkräftiger. Die CDU-geführte GroKo schwächelte, die Gräben zwischen den Spitzen der „Volksparteien“ wurden tiefer und tiefer. Die erste Werftenkrise – sie wird ein politischer Dauerbrenner im Land mit wechselnden Akteuren.

Die Zeit für einen Wechsel war noch nicht reif. Die SPD forderte von uns „4 Klarstellungen“. Welch sozialdemokratische Anmaßung! 1998 dann war es soweit: der Regierungswechsel! Wir mussten bald schmerzhaft erfahren, dass das allein noch kein Politikwechsel war, wie wir uns ihn erträumt hatten. Martina Bunge, Helmut Holter und Wolfgang Methling stellten sich der Verantwortung. Und der Kritik, zunehmend aus den eigenen Reihen! Dafür hier und heute noch einmal und ganz laut: Danke für Euren Mut und Eure Arbeit! Ohne Euch kein Rot-Rot in Berlin, Brandenburg, Thüringen. Dann kam die Zeit der Niederlagen und derjenigen, die es schon immer gewusst haben. Die Fraktionen nach dem Verlust der Regierungsverantwortung haben sich ihrer neuen Rolle in der Opposition gestellt – wir wussten ja wie es geht. Engagiert, kritisch, vor Ort verankert, selbstbewusst. Das ist es, was 30 Jahre ausmacht: Politik nicht für die Menschen im Land machen, sondern gemeinsam mit ihnen!

Und was bleibt? Ohne Linke Liste.PDS/PDS/Linkspartei. PDS/Linksfraktion gäbe es heute kein Landesvergabegesetz mit Mindestlohn. Ein Programm „Jugend- und Schulsozialarbeit“ wäre nicht aufgelegt worden. Das 1990 übergestülpte dreigliedrige Schulsystem hätte noch Bestand. Ein Moorschutzprogramm gäbe es auch nicht. Das von uns entwickelte Programm der „Gleitenden Konversion“, mit dem von Standortschließungen betroffenen Kommunen geholfen wird, wirkt bis heute fort. Der 8. Mai wurde in M-V als erstem Bundesland gesetzlicher Gedenktag. Die Einfügung des Artikel 18a in der Landesverfassung ist Resultat einer von uns gestarteten Volksinitiative. Dort heißt es unter der Überschrift „Friedensverpflichtung und Gewaltfreiheit“: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht unternommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker oder Bürger Mecklenburg-Vorpommerns zu stören und insbesondere darauf gerichtet sind, rassistisches oder anderes extremistisches Gedankengut zu verbreiten, sind verfassungswidrig.“ Verfassungsanspruch und Verfassungswirklichkeit stimmen hierzulande auch nach 30 Jahren Mecklenburg-Vorpommern oft nicht überein. Deshalb sagen wir nach 30 Jahren Fraktion im Landtag: Danke bis hierher! Das war‘s noch lange nicht! Für gute Bildung! Für gute Arbeit! Für gutes Leben!

Peter Ritter

Landtagsfraktion von 2014

Landtagsfraktion von 1994

Impressum:
DIE LINKE. Fraktion im Landtag
Mecklenburg-Vorpommern
Lennéstr. 1 19053 Schwerin
info@linksfraktionmv.de
www.linksfraktionmv.de
V.i.S.d.P.: Rasho Janew

Layout & Druck:
FIND Druck- & Medienwerkstatt GmbH

Simone Oldenburg und Helmut Holter streiten für eine bessere Bildungspolitik

Kampf gegen Kinderarmut geht weiter

Das Thema Kinderarmut beschäftigt unsere Fraktion bereits seit vielen Jahren. Fast 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre leben in Deutschland in Armut oder sind armutsgefährdet, in M-V betrifft das fast jedes dritte Kind. Diese Kinder leben ungesünder, haben häufig unzureichende Winterkleidung und geringere Bildungschancen. Das alles hemmt ihre Entwicklung enorm. Um Kinderarmut effektiv zu bekämpfen, muss endlich eine angemessene Kindergrundsicherung auf Bundesebene eingeführt werden. Leistungen für Kinder müssen sich an deren Bedarfen orientieren. Kinder sind keine kleinen Erwachsenen. Auf Landesebene brauchen wir endlich eine Sozialberichterstattung, die die Lage von Kindern und Jugendlichen beschreibt und analysiert, damit konkrete Maßnahmen im Kampf gegen Kinderarmut eingeleitet werden können.

Die Beschäftigten in der Kinder- und Jugendhilfe, die auch den Kindern aus armutsgefährdeten Familien mit Rat und Tat zur Seite stehen, brauchen endlich Sicherheit für ihre Arbeit. Der Mix aus europäischen, Landes- und kommunalen Mitteln und die damit verbundene ständige Befristung der Stellen muss endlich beendet werden! Dazu muss auch die Kinder- und Jugendhilfe ausreichend ausgestattet werden. Seit über 20 Jahren ist die Landesförderung kaum erhöht worden. Die jüngste geringfügige Erhöhung gleicht nicht mal ansatzweise den Kaufkraftverlust der letzten Jahre aus. Unter dem Strich stehen die Träger mit weniger Geld da als 1998. Das ist ein Armutszeugnis für das Land. Die Landesförderung deckt ohnehin nur einen sehr geringen Teil der anfallenden Kosten, in Schwerin sind es nicht einmal drei Prozent. Die Probleme der Kinder und Jugendlichen werden vielschichtiger und vertrackter. Suchtkrankheiten und Persönlichkeitsstörungen sind mittlerweile nicht nur bei ihnen, sondern auch bei der Elterngeneration stärker verbreitet, als es früher der Fall war. Gewaltbereitschaft und Verrohung auch unter Kindern und Jugendlichen haben in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Eine gut ausfinanzierte Kinder- und Jugendhilfe wird immer wichtiger. Wir kämpfen deshalb seit langem für eine höhere Landesförderung für die Träger der Kinder- und Jugendhilfe und werden es auch weiterhin tun.

Jacqueline Bernhardt

Um Kinder zu stärken ...

...müssen Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen weiter ausgebaut werden. Erfahrungen aus anderen Bundesländern zeigen, dass sie sehr verantwortungsvoll mit politischen Mitwirkungsmöglichkeiten umgehen. Dies wurde auch bei der Anhörungsreihe „Jung sein in MV“ im Sozialausschuss des Landtags sehr deutlich. Die Jugendlichen fordern ganz klar eine stärkere Beteiligung. Aber bisher wurden alle unsere Versuche, etwa das aktive Wahlalter bei Landtagswahlen auf 16 Jahre abzusenken, von SPD und CDU abgeschmettert. Wir werden weiter dafür streiten und uns auch für ein Festschreiben der Beteiligungsrechte in der Kommunalverfassung einsetzen. Kinder und Jugendliche müssen bei sie betreffenden Entscheidungen ein Wort mitreden dürfen.

Das Petitionsrecht – ein Recht für jedermann

Es mag lax klingen, wenn wir vom Recht für jedermann sprechen und das Petitionsrecht meinen. Aber es trifft den Nagel auf den Kopf: Alle Menschen ab sechs Jahre können an den Landtag eine Eingabe schreiben oder sie auch am Telefon vortragen. Der Petitionsausschuss kümmert sich um diese Eingaben. Gemeinsam mit dem Bürgerbeauftragten Matthias Crone versuchen wir vor allem, Beschwerden und Unstimmigkeiten mit Ämtern und Behörden zu klären und zu schlichten. Das hört sich einfach an, ist aber sehr häufig eine komplizierte Mammutaufgabe. Die meisten Eingaben gibt es zu den Sozialgesetzen. Gründe sind in der Regel zu lange Bearbeitungszeiten, abgelehnte Bescheide, übergriffige Textbausteine, missverständliche Schreiben. Auch Richtlinien und Verordnungen der Landkreise, die oft nicht mit dem Bundes- oder Landesrecht übereinstimmen, liegen auf unserem Tisch. Selbst Urteile des Landessozialgerichtes werden in einigen Landkreisen schlicht ignoriert. Das Petitionsrecht ist neben der Arbeit des Bürgerbeauftragten enorm wichtig, damit die Menschen ihre Rechte gegenüber dem Staat und seinen Behörden durchsetzen können. Aber nichts ist so gut, dass es nicht noch besser werden kann. Deshalb möchten wir einige Veränderungen im Petitionsrecht erreichen. So werden wir beispielsweise zu den Vorschlägen, die Petenten im Ausschuss direkt anzuhören und ein „kleines Petitionsrecht“ auf kommunaler Ebene einzuführen, mit Ihnen und Euch ins Gespräch kommen. Wir wollen, dass aus dem Recht für jedermann tatsächlich ein Recht für alle wird.

Karen Larisch

30 Jahre Nationalparks – Erfolg und Verpflichtung

M-V ist gesegnet mit einer wunderbaren, vielfältigen Natur. Auch deshalb fühlen sich die Einheimischen hier wohl, kommen in jedem Jahr mehr Gäste ins Land. Die Nationalparks, Naturparks und Biosphärenreservate sind also auch von enormer wirtschaftlicher Bedeutung für das Land. Sie sind aber auch wie Labore, in denen bewiesen werden kann, wie sich Natur entfaltet, wie die Artenvielfalt gesichert werden kann, wie wichtig ein sorgsamer Umgang mit Natur und Umwelt für unser Leben ist. Es ist Aufgabe der Beschäftigten in den Naturschutzverwaltungen, genau dies den Gästen Besucherinnen und Besuchern nahezubringen. Aber es sind viel zu wenige, die finanziellen Ressourcen reichen nicht aus. Wir setzen uns dafür ein, das zu ändern.

Das Älter werden und eine gute Pflege absichern

Die Probleme und Unzulänglichkeiten im Pflegesystem liegen auf der Hand. Sie bestehen klar ersichtlich seit Jahren und führen in Zeiten des sich zuspitzenden Personalnotstands, steigender Zahlen von Pflegebedürftigen und von Krisen wie der Corona-Pandemie schnell zu einem Kollaps.

Die Linksfraktion fordert ein gut strukturiertes und finanziell auskömmlich untersetztes System der häuslichen, ambulanten, teilstationären und stationären Pflege. Die für die kommenden zwei Jahre geplante schrittweise Anhebung und Angleichung der Löhne für Pflegekräfte bundesweit ist längst überfällig. Um auf die steigende Zahl der Pflegebedürftigen in den kommenden Jahren eingestellt zu sein, braucht unser Land aber auch eine langfristige Pflegepersonalbedarfsplanung, das haben wir bereits 2019 im Landtag beantragt. Zudem müssen die Leistungen pflegender Angehöriger deutlich besser wertgeschätzt werden, was sich auch im Geldbeutel bemerkbar machen muss.

Deshalb wollen wir erreichen, dass eine bezahlte Pflegezeit für pflegende Angehörige und nahestehende Personen von bis zu drei Jahren eingeführt wird. Lohnersatzleistungen sowie pauschale Sätze für nicht Erwerbstätige sollen selbstverständlich werden. Auf diese Weise wollen wir die finanzielle Last von den Schultern der pflegenden Angehörigen nehmen. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass die teils horrenden Eigenanteile für die stationäre Pflege deutlich sinken und gedeckelt werden. Pflege darf nicht in die Armut führen!

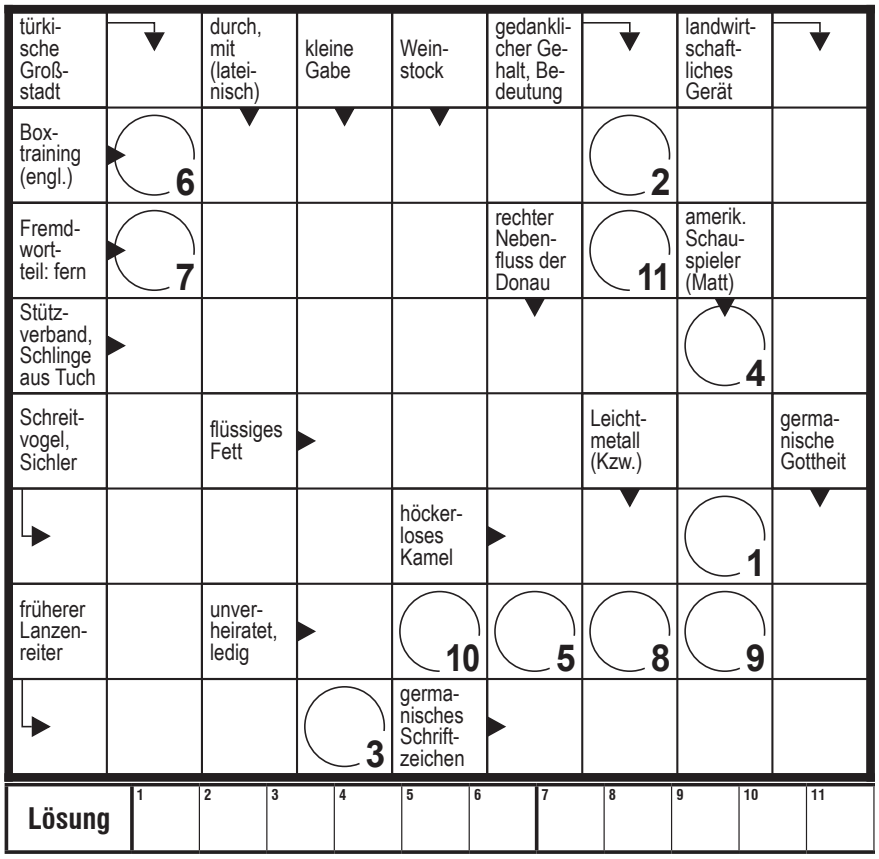
Das Älter werden ist generell mit einem höheren Armutsrisiko verbunden. Wenn die Kosten für Pflege, Medikamente und Unterstützungsleistungen steigen, sind die Möglichkeiten, unerwartete Kosten aus eigenen Mitteln und eigener Kraft zu kompensieren, deutlich eingeschränkt. Die Altersarmut steigt seit Jahren wieder an. Mehr als 21 000 Menschen in M-V erhalten Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung, weil die Rente zum Leben nicht reicht. Die im Bund beschlossene und ab 2021 in Aussicht gestellte Grundrente für Personen, die jahrzehntelang zu wenig verdient haben, wird ihrem Namen nicht gerecht und kommt nur einem Bruchteil zugute. Allein 40 Prozent der Rentnerinnen und Rentner erfüllen die Grundentenzeiten von mindestens 33 Jahren nicht. Durch Teilzeitbeschäftigung und Niedriglöhne ist es vielen Erwerbstätigen nicht möglich, eine zusätzliche private Altersvorsorge abzuschließen.

Wir fordern von den Verantwortlichen in Bund und Land, dass sie ostdeutsche Erwerbsbiografien, die insbesondere in den Jahren nach der Wende häufig von Phasen der Arbeitslosigkeit gezeichnet sind, grundsätzlich berücksichtigen. Das Rentenniveau muss insgesamt deutlich steigen. Das Alter darf nicht zur Armutsfalle werden. Deshalb setzt sich die Linksfraktion für eine solidarische, armutsfeste Mindestrente für alle ein.

Torsten Koplin

Mehr Transparenz – mehr Qualität

Bei Hygienekontrollen in Gaststätten, Cafés und Imbissen gibt es in fast jedem 10. Betrieb erhebliche Mängel. Darüber wird offiziell der Mantel des Schweigens gelegt. Verbraucherinnen und Verbraucher erfahren nicht, um welche Betriebe und Mängel es geht. Das muss sich aus unserer Sicht ändern: Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein Recht auf Transparenz. Deshalb streiten wir für eine Hygieneampel. Dieses soll bereits an der Eingangstür zeigen, wie es um die Hygiene in dem Betrieb bestellt ist. Viele andere Länder haben bewiesen, dass eine Hygieneampel Vertrauen schafft und die Qualität in den Betrieben steigert – ganz im Sinn der Verbraucherinnen und Verbraucher.



Preisrätsel

- ein Besuch im schönen Schweriner Landtag mit einer Schlossführung

- eine Fahrt mit der Weißen Flotte mit Blick auf den schönsten Landtag

- ein Gutschein für ein Buch

Ihre Lösung schicken Sie bitte bis zum 31.03.2021 an:
DIE LINKE. Fraktion im Landtag M-V,
Lennéstr. 1 · 19053 Schwerin
oder per E-Mail an: info@linksfraktionmv.de

Unsere Anträge und parlamentarischen Initiativen hier: www.linksfraktionmv.de